

NIEDERSCHRIFT Nr.: 33/L

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am Mittwoch, 19.09.2018, um 16:00 Uhr

33. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:28 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen

Herr Robert Bücking

Frau Susanne Grobien

Herr Mustafa Güngör für Herrn Elias Tsartilidis

Herr Andreas Kottisch

Frau Dr. Henrike Müller

Herr Dieter Reinken (Vorsitzender)

Herr Klaus-Rainer Rupp

Herr Christian Schäfer

Herr Frank Schildt

Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner

Herr Heiko Strohmann für Herrn Jörg Kastendiek

Von der Verwaltung

Frau Dr. Blings

Herr Brunßen

Frau Bullenkamp

Herr Cordßen

Frau Jansen

Frau Krumsee-Budde

Herr Dr. Kühling

Herr Peters

Herr Meyer

Herr Sengstake

Herr Staatsrat Siering

Frau Stellmacher

Herr Tschupke

Frau Wessel-Niepel

Herr Wiebe

Abg. Reinken eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 32/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil - vom 22.08.2018

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen
Zwischenbericht zum 30.06.2018**

Vorlage Nr. 19/577-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in Ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Fischereihafen nimmt den Zwischenbericht zum 30.06.2018 zur Kenntnis.

An die Deputation

TOP 3 Controllingbericht der WFB per 30.06.2018

Vorlage Nr. 19/596-L/S

Abg. Rupp fragt, inwieweit die neuen Strukturen der WFB zu den laut der Wirkungsbilanz neuen und gesicherten Arbeitsplätzen beitragen würden und wann ein solcher Wirkungsgradvergleich erstellt werden könne.

Abg. Reinken betont vor dem Hintergrund des Halbjahresberichtes das erfreuliche Verhältnis von Plan- zu Ist- Zahlen und erwartet eine weitere Verbesserung der Bilanz im Jahresverlauf.

Herr Dr. Kühling und Herr Tschupke führen aus, dass die Zahlen im Bereich Gewerbeentwicklung stabil geblieben seien. Für die Zahlen der Investitionsförderung finde ein Controlling in unterschiedlichen Bereichen statt. Zurzeit beschäftige sich eine Arbeitsgruppe mit der Zusammenführung der Berichterstattung dieser Bereiche.

Dep. Dr. Redder erneuert seine Kritik, dass die Planzahlen deutlich zu niedrig und nicht an den Vorjahresergebnissen orientiert aufgestellt würden, sodass die Planzahlen leicht zu übertreffen seien.

Abg. Rupp fragt, ob es eine zeitliche Perspektive für das angekündigte neue Controlling

gebe.

Abg. Grobien hält die Dispositionsreserve bei den Gewerbeflächen für zu niedrig und erklärt, dass sie eine größere Bevorratung für angemessen halte.

Staatsrat Siering erläutert, dass ein neues Controllingssystem in Arbeit sei und dies voraussichtlich mit dem nächsten Controllingzyklus eingeführt werde.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der WFB per 30. Juni 2018 zur Kenntnis.

TOP 4 **Beteiligungsbericht über das 1. bis 2. Quartal 2018**

Vorlage Nr. 19/578-L/S

Abg. Rupp merkt an, dass die Umsatzerlöse der Glocke Veranstaltungs-GmbH hinter den Planzahlen lägen. Er hinterfragt, ob diesbezüglich mit einer Verstetigung zu rechnen sei. Des Weiteren fragt er, ob es neue Informationen zu einem Investitionskonzept für den Flughafen Bremen gebe.

Staatsrat Siering führt aus, dass es zur finanziellen Situation der Flughafen Bremen GmbH eine ausführliche Beratung im Controllingausschuss gegeben habe. Der Aufsichtsrat habe weitere 18 Mio. Euro für dringende Investitionen freigegeben; eine weitere, höhere Summe sei zu klären. Hierzu werde im nächsten Controllingausschuss berichtet.

Herr Dr. Kühling erwartet, dass die Umsatzerlöse der Glocke Veranstaltungs-GmbH zum Ende des Jahres voraussichtlich über den Planzahlen liegen würden.

Abg. Rupp fragt, ob es im Hinblick auf die Universum-Management GmbH noch keinen Jahresabschlussbericht gebe.

Frau Bullenkamp erklärt, dass es aufgrund von Schwierigkeiten beim Wirtschaftsprüfer nur den vorläufigen Abschlussbericht gebe.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. bis 2. Quartal 2018 zur Kenntnis.

TOP 5 **Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über 1. bis 2. Quartal 2018**

Vorlage Nr. 19/580-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über

das 1. bis 2. Quartal 2018 zur Kenntnis.

TOP 6 Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 2. Quartal 2018

Vorlage Nr. 19/581-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 2. Quartal 2018 zur Kenntnis.

TOP 7 Neufassung der Richtlinie für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RL BAU)

Vorlage Nr. 19/545-L

Herr Peters führt in die Vorlage ein. Neben redaktionellen Änderungen bestehe die wesentliche inhaltliche Änderung in der Rationalisierung von Bauprojekten. Im Ergebnis stehe eine Zusammenlegung der Leistungsphasen 1-2 und 3 der HOAI (erweiterte ES BAU) für Hochbauprojekte mit einem Gesamtvolumen bis 3 Mio. Euro. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die gesamte Planungs- und Umsetzungsphase bei Bauaufgaben verkürzt werde, um eine Verkürzung der Gesamtbauzeiten bei gleichbleibender Qualität zu erreichen. Dies sei insbesondere für den Bau von Kindertagesstätten und Schulen von Bedeutung.

Abg. Strohm merkt an, dass Darstellungen zur BIM-Planung fehlen würden und hinterfragt, ob die Digitalisierung außer Acht gelassen werde.

Herr Peters bestätigt, dass dieses Thema Gegenstand der Beratungen zur Neufassung der RL BAU gewesen sei. Für den Hafenbereich könne er festhalten, dass entsprechende Verfahren bei bremenports implementiert würden.

Herr Dr. Kühling ergänzt, dass Verfahren werde auch im Gewerbeflächenbereich durch die WFB genutzt.

Abg. Rupp sieht eine Reihe an positiven Entwicklungen, wie etwa die Rationalisierung von Planungsprozessen sowie die Einführung einer Wertgrenze. Unklar sei ihm hingegen das Portfoliomanagement, das nicht klar koordiniert erscheine. Außerdem frage er, ob die RL BAU ein Vorgehen vorgebe, sofern es nach Abschluss der Bauplanungen zu Änderungswünschen seitens der Auftraggeber kommen sollte.

Herr Peters äußert, dass das angesprochene Portfoliomanagement vermutlich im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise Eingang erfahren habe, da in dieser Zeit ein hoher Zeitdruck bezüglich der Bereitstellung von Immobilien geherrscht habe, einzelne

Immobilienobjekte aber nur unzureichend erfasst gewesen seien.

Abg. Reinken merkt an, dass die diesbezügliche Wirkung in den Fachdeputationen zu besprechen sei und sich die Neufassung der RL BAU sehr positiv für die in der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu beschließenden Projekte auswirken werde.

Herr Peters ergänzt abschließend, dass in der RL BAU zudem erstmals das Thema Tiefbau, inkl. des Baus von Hafenanlagen, aufgenommen worden sei.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Senatsvorlage zur Neufassung der RL BAU zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Neufassung zur RL BAU zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion DIE LINKE.

TOP 8 Ergebnisse der in 2018 fälligen Erfolgskontrollen und Projektstatusberichte

Vorlage Nr. 19/583-L/S

Abg. Frau Grobien merkt an, dass es bei dem Neubau der Baggergut-Schute mit LNG-Antrieb zu einer Kostensteigerung gekommen sei und fragt, wann der vor drei Jahren beschlossene Neubau abgeschlossen sei.

Herr Peters erläutert, dass die zunächst mit dem Bau der Baggergut-Schute beauftragte Werft in den Niederlanden insolvent gegangen sei. Nach Baufertigstellung durch eine andere Werft habe es noch einige Probleme mit dem neuartigen Antrieb gegeben. Diese seien jedoch gelöst und die Baggergut-Schute sei bereits vorgestellt worden.

Abg. Reinken führt aus, dass die SPD-Fraktion mit der Darstellung und den Ergebnissen des Berichts zufrieden sei.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stellt fest, dass sich nahezu alle Maßnahmen und Projekte im zeitlichen und finanziellen Rahmen bewegen bzw. innerhalb dieses Rahmens abgeschlossen werden konnten. Auch die Zielkennzahlen wurden in nahezu allen Fällen erreicht und teilweise sogar übertroffen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 9 Bremisches Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz)

Dauerhafte Etablierung

Vorlage Nr. 19/585-L

Herr Tschupke führt in die Vorlage ein. Das Mittelstandsförderungsgesetz (MFG) sei mehrfach zeitlich und mit regelmäßigen Evaluierungen befristet worden. Der Mittelstand stelle eine wichtige Säule der Wirtschaft Bremens dar, sodass sich die Mittelstandsförderung im Ausfluss des MFG nicht auf ein einziges Gesetz stütze, sondern alle Initiativen des Senats auf Schutz und Förderung des Mittelstands ausgerichtet seien. Ohne Entfristung liefe das MFG zum Jahresende 2018 aus.

Dep. Dr. Redder begrüßt das Mittelstandsförderungsgesetz und betont, dass der Mittelstand das Rückgrat der bremischen Wirtschaft sei.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt nach Beratung dem Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes für eine unbefristete Fortdauer des Mittelstandsförderungsgesetzes zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) das Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes zu beschließen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, das Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes dem Senat mit der Bitte um Zustimmung und Einbringung in die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 10 EFRE-Programm Bremen 2014-2020: Projektförderung für die Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) GmbH in 2018 bis 2020

Vorlage Nr. 19/546-L

Abg. Frau Böschen fragt vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Gründungsverhaltens von Frauen und Männern, wann im Zuge der START Haus-Initiative eine genauere Analyse dazu vorliege.

Abg. Frau Grobien schließt die Frage nach Dopplungen bzw. Kooperationen mit dem START Haus an. Im Übrigen begrüße sie das Projekt und signalisiert Zustimmung.

Abg. Rupp hält eine stärkere Fokussierung der Gründungsförderung auf Gründungsvorhaben von Frauen für erforderlich; folgerichtig sehe er daher die in der Vorlage dargestellte Gender-Prüfung, die verdeutliche, dass strukturelle Ungleichheiten

eine stärkere Fokussierung des schwächerer Teile erfordere.

Dep. Dr. Redder problematisiert, ob die Verweildauer der im BRIG gegründeten Unternehmen nicht teilweise zu lang für ein Gründerzentrum sei.

Herr Tschupke erklärt, das BRIG fungiere nicht nur als Gründerzentrum, sondern auch als Innovationszentrum und stelle einen wichtigen Baustein für das Bremerhavener Innovationsgeschehen dar; aus dieser Funktion lasse sich keine Blockade der Einrichtung für neue Unternehmungsgründungen ableiten.

In Richtung der **Abg. Frau Böschen** bestätigt er, dass die Unterstützung des Gründungsgeschehens von Frauen einen besonderen Schwerpunkt in der START Haus-Initiative darstelle; entsprechende besonderen Maßnahmen würden in Zusammenarbeit mit den bekannten Akteurinnen, etwa von ZGF und Belladonna, entwickelt. In einem in einer der nächsten Sitzungen vorgesehenen Zwischenbericht zum START Haus werde ein genauerer Blick auch auf diese Aspekte geworfen.

Abg. Kottisch fragt, wie sich die Situation beim BITZ in Bremen darstelle und ob es Kooperations- und Austauschmaßnahmen zwischen den Gründerzentren gebe.

Abg. Rupp hält eine längere Verweildauer von Unternehmen in Gründerzentren für sinnvoll, da sich somit ein wertvoller Austausch für weitere Neugründungen mit den Alt-Unternehmungen ergebe.

Senator Günthner unterstreicht, die Gründerzentren würden selbstverständlich sinnvolle und notwendige Kooperationen eingehen, doch müssten beide Städte entsprechend ihrer unterschiedlichen Grundbedingungen mit eigenen Strukturen ihren lokalen Verhältnissen begegnen.

Herr Tschupke führt aus, dass auch im BITZ eine längere Verweildauer möglich sei; allerdings sei das BITZ inzwischen um 15 Co-Working-Spaces ergänzt worden; diese Struktur werde auch mit der START Haus-Initiative vernetzt.

Abg. Kottisch schildert seine eigene Gründungserfahrung im BITZ und erinnert, es habe damals noch keine dezentrale Gründerszene gegeben, sodass der seinerzeitige Geschäftsführer für ihn als zentraler Lotse wirkte; er würde sich wünschen, einen solche Funktion als hilfreichen Faktor ins START Haus zu integrieren.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Gewährung von Zuschüssen zur Finanzierung des Betriebes für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum in Höhe von insgesamt bis zu 1.170.000 € in den Jahren 2018 bis 2020 aus Landesmitteln und dem EFRE-Programm Bremen 2014-2020 zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer

zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 780 T€ bei der Haushaltsstelle 0706/682 11-2, Zuschuss an die BRIG-Betreibergesellschaft, gemäß dem beigefügten VE-Antrag (Anlage 2) zu. Zum Ausgleich wird die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0709/686 56- 9, EU-Programme 2014 – 2020 – kons.- herangezogen. Die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt in den Jahren 2019-2020 jeweils mit 390 T€ aus der Haushaltsstelle 0709/686 56-9 „EU-Programm EFRE 2014 - 2020 – konsumtiv“.

3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 11 Mittelübertragung aus dem Produktplan 41 (Jugend und Soziales) an den Produktplan 31 (Arbeit) für die Maßnahme „Sprinter“

Vorlage Nr. 19/564-L

Frau Jansen führt in die Vorlage ein. Sie erklärt, dass im Rahmen des Programms LAZLO das Angebot der Sprach- und Kulturmittler erweitert wurde und somit die Betreuung der Flüchtlinge nun deutlich besser sei. Des Weiteren habe eine Verständigung mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport stattgefunden, sodass die einzelnen Projekte bzw. Tätigkeiten innerhalb der Projekte zusammengeführt werden, um die Bedingungen für die betroffenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu vereinfachen.

Abg. Rupp äußert, dass ein Bezug zu den Frauen unter Punkt C. der Vorlage erwähnenswert gewesen wäre und hinterfragt, wie im Besonderen auf die Bedürfnisse der Frau eingegangen werden könne. Weiterhin schlägt er vor, den Beschlussvorschlag um einen Punkt zu erweitern, der die Verstetigung des Projektes aufgreife.

Frau Jansen erklärt, dass Frauen einen Anteil von einem Drittel der Nutznießerinnen und Nutznießer der Maßnahme darstellen würden. Richtig sei, dass das Projekt Sprinter auslaufe. Im Gegenzug laufe das Projekt LAZLO weiter wie bisher. Sie schlägt vor, im Beschlussvorschlag zu erwähnen, inwiefern es möglich sei, dass Projekt bzw. die Maßnahme Sprinter finanziell durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zu unterstützen. Sie gibt zugleich zu bedenken, dass das Ziel des Projektes nicht gefährdet sei, da dies in den anderen Projekten weiter verfolgt werde. Darüber hinaus könne in Zusammenhang mit dem Programm LAZLO über das weitere Verfahren berichtet werden.

Abg. Rupp hinterfragt, inwiefern die Förderung und Betreuung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zukünftig gewährleistet werde.

Frau Jansen erläutert, sofern es gelinge die einzelnen Personen in neue oder bestehende Programme zu übernehmen, könne auch eine entsprechende Förderung und Betreuung gewährleistet werden.

Abg. Reinken schlägt vor, den Beschlussvorschlag um einen dritten Punkt zu erweitern, der die Berichterstattung der Maßnahme im Rahmen des Programms LAZLO zum Ende des Jahres aufgreife.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Verlagerung von 100.000 € für die weitere Durchführung der Maßnahme Sprinter vom Produktplan 41, Soziales, in den Produktplan 31, Arbeit, zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen der Berichterstattung zum Programm LAZLO zum Jahresende 2018 über den Fortgang der Maßnahme „Sprinter“ zu berichten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 12 IAB-Betriebspanel – Auswertung der Befragung in 2017 für das Land Bremen

Vorlage Nr. 19/597-L

Abg. Reinken weist darauf hin, dass der Bericht über das IAB-Betriebspanel auch als Download auf der Internetseite des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen einzusehen sei.

Abg. Rupp meint, dass zwei Aspekte nicht gutzuheißen seien. Einerseits sinke in den letzten Jahren die Tarifbindung enorm, da nur die Hälfte aller Betriebe und Beschäftigten sei tarifgebunden. Andererseits bestehe bei zwei Dritteln aller Einstellungen in Großbetrieben eine Befristung der Verträge, was einen Nachteil für die beruflichen Perspektiven von Berufseinsteigern darstelle. Des Weiteren gebe der im Hinblick auf die Vergleichsstädte steigende Fachkräftebedarf Grund zur Sorge.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Auswertung der IAB-Betriebspanelbefragung 2017 für das Land Bremen zur Kenntnis.

TOP 13 Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2014 – 2017: Plenum vom 06.04.2018

Vorlage Nr. 19/521-L

Abg. Frau Grobien stellt fest, dass die Vorlage deutlich mache, dass dies trotz Zusammenarbeit und aller Bemühungen ein schwieriges Thema sei. Zudem falle die Vertragslösungsquote höher aus obwohl eine Senkung angestrebt sei. Man könne mit dem Bericht nicht zufrieden sein.

Abg. Rupp weist darauf hin, dass sich der Stand bei der nicht schulischen Ausbildung sowie auch außerhalb des öffentlichen Dienstes seit 2010 nicht sehr verändert habe. Die Betriebe müssten noch mehr in die Pflicht genommen werden, insbesondere auch mit Blick auf Fachkräftemangel. Ebenso dürfe man auch nicht diejenigen Jugendlichen vergessen, die aus der Statistik herausfallen würden und ohne Ausbildung o.ä. seien. Hier müsse in den Vereinbarungen noch nachgelegt werden.

Abg. Frau Böschen merkt an, dass man mit dem Ergebnis nicht zufrieden sein könne. Es müssten mehr Ausbildungsplätze angeboten werden. Besonders in Bremerhaven sei die Zahl der Ausbildungsplätze zurückgegangen. Daher sollte der Ausbildungspool ausgedehnt werden. Es müsse noch mehr Unterstützung für die Menschen geben damit sie besser in Ausbildung kommen könnten.

Abg. Frau Dr. Müller unterstreicht, dass es gut sei, dass diese Vereinbarungen zustande kommen. Man müsse den Fokus verstärkt auf die berufliche Ausbildung legen und diese attraktiver machen und schauen mit welchen Maßnahmen man in den Bremer Vereinbarungen voran käme. Auch müsse man sich mehr um Personen mit besonderen Hemmnissen kümmern, die z. B. nicht von der Schule in die Ausbildung gegangen sind oder Kinder haben. Dies könne nur gemeinsam mit der Jugendberufsagentur und den Kammern erfolgen. Ebenso müssten auch die Arbeitgeber ihre Strukturen anpassen um Menschen in verschiedenen Lebenslagen eine Ausbildung ermöglichen zu können.

Frau Jansen betont, dass die Vertragslösungsquoten zwar hoch seien, aber die Jugendlichen heutzutage aufgrund ihrer höheren Flexibilität auch leichter eine Ausbildungsstelle wechseln würden. Diese bedeute jedoch nicht, dass sie nicht wieder eine neue Ausbildungsstelle suchen würden. Die Betriebe noch mehr in die Pflicht zu nehmen sei nicht so einfach. Hier wurden und werden schon viele Anstrengungen unternommen, aber es bleibe weiterhin ein Problem. Die berufliche Ausbildung müsse interessanter gemacht werden, zum Teil auch über das Gehalt.

Senator Günthner führt aus, dass die Bundesarbeitsministerin bei einem Treffen mit der Arbeitnehmerkammer die hohe Ausbildungsquote im Lande Bremen gelobt habe. Allerdings würden auch viele junge Menschen aus Niedersachsen in Bremen Ausbildungsstellen

besetzen. Diese Auswahlmöglichkeiten seien auch gut für die Unternehmen am Standort, denn diese Menschen seien die Arbeitskräfte von morgen. Bei den Bremer Vereinbarungen sei es gelungen, dass sich alle Beteiligten an festen Zahlen orientieren könnten. Allerdings sei man mit dem Thema Ausbildung nie fertig. Es sei eine Herausforderung in den nächsten Jahren präziser an der schwierigen Zielerreichung zu arbeiten.

Abg. Rupp merkt an, dass Bremen im Vergleich zu anderen Bundesländern gut dastehe, dennoch gelinge zu vielen Menschen nicht der Übergang von der Schule in den Beruf. Daher müsse man weiter an einer Lösung arbeiten. Er weist daraufhin, dass nach seiner Auswertung die Zahl der Abiturienten gesunken sei, was gegen die These spräche, dass viele junge Menschen eher studieren statt eine Ausbildung zu absolvieren.

Dep. Dr. Redder stellt fest, dass der Mittelstand viel um Auszubildende werbe. Jedoch kämen nur ein Teil der Bewerbungen aus Bremen und der Rest aus dem Umland. Bei der Qualifikation der Bremer Bewerber sei für ihn die Bildung das entscheidende Problem.

Abg. Frau Dr. Müller stellt fest, dass man dem Ausbildungsstandort und den jungen Menschen keinen Gefallen damit täte, wenn man immer als schlecht reden würde und solche pauschalen Urteile abgebe.

Frau Abg. Böschen führt aus, dass bei einem Besuch in einem Berufsbildungszentrum in Lübeck die gleichen Probleme aufgezeigt wurden. Natürlich sei es so, dass im sog. „Speckgürtel“ auch Jugendliche aus wohlhabenden Familien mit höherem Bildungsniveau sich in Bremen bewerben würden. Nach ihrer Einschätzung müssen die Betriebe ihre Ansprüche anpassen. Nicht jeder Eignungstest würde etwas über die Qualität des Auszubildenden aussagen.

Dep. Dr. Redder weist darauf hin, dass sich bei den digitalen Technologien die Beschäftigungszahlen erhöht haben, da die Unternehmen dort jetzt selber ausbilden, weil der Markt dies nicht hergäbe.

Abg. Schäfer merkt an, dass nicht die Unternehmen die Fehler der Bremer Bildungspolitik auffangen könnten.

Abg. Kottisch erklärt, dass Unternehmen dies auch rational betrachten müssten. Kritik am Bildungssystem alleine reiche nicht aus. Natürlich hätten Menschen, die aus dem sog. „Speckgürtel“ kommen oft andere Voraussetzungen. Dies habe etwas mit Sozialstrukturen zu tun und nicht nur mit Bildung.

Abg. Schild stellt hierzu fest, dass die Unternehmen den jungen Menschen Chancen geben sollten, die nicht nur allein auf einem Einstellungstest beruhen.

Senator Günthner weist hierzu auf Pisa-Studien hin. Hier sei Bremen bei den

Schülerinnen und Schülern aus guten Sozialstrukturen mit Bayern fast gleichauf. Im Bereich der Schülerinnen und Schüler aus problematischem sozialen Umfeld sei der Abstand größer. Es gäbe auch in anderen Bundesländern Probleme im Bereich der Kita-Betreuung. Man solle hier nicht immer alles schlecht reden, dies würde dem Standort nicht gerecht.

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 14 Bericht zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE „Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen“ vom 17. April 2018 (Drucksache 19/1622)

Vorlage Nr. 19/570-L

Abg. Rupp merkt an, das die Intention des Antrages 8519/1622 durch den vorgelegten Bericht als erfüllt anzusehen sei. Insbesondere, da die Zahlen jetzt unmittelbar nach dem Gremium bekanntgegeben werden sollen. Man werde den Antrag zurückziehen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 17. April 2018 (Drucksache 19/1622) zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um Weiterleitung des Berichts an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft, den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE „Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen“ vom 17. April 2018 (Drucksache 19/1622) abzulehnen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen befürwortet stattdessen eine Veröffentlichung der von den Partnern der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ zusammengestellten Daten zur Ausbildungs- und Übergangssituation im Land Bremen unmittelbar nach Befassung des Plenums der Partner.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Stimme des Vertreters der LKR-Gruppe-Bremen.

TOP 15 Kostensteigerung bei der Anbindung des Überseehafengebietes in Bremerhaven an die BAB A27

(Ausbau Cherbourger Straße)

hier: Finanzierungsanteil des Vereins Hafenanbindung Bremerhaven e.V.

Vorlage Nr. 19/595-L

Abg. Reinken weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag zu Ziffer 2 geändert werden müsse, da der Haushalts- und Finanzausschuss nur Kenntnis nehmen müsse.

Abg. Schildt äußert, dass die Rückabwicklungsklausel außerordentlich begrüßt werde.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation befürwortet die Erteilung einer neuen Landesbürgschaft bis zur Höhe von 16,8 Mio. Euro zur Absicherung eines neuen Darlehens für den Verein Hafenanbindung Bremerhaven e.V. zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, die Vorlage dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu übermitteln.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Abschluss eines Nachtrags zum Vertrag mit dem Verein Hafenanbindung e.V. vom 18.12.2012 zur Verlängerung der Rückabwicklungsklausel bis zum 31.12.2023 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktion DIE LINKE und der FDP.

TOP 16 EFRE-Programm 2014-2010, Revitalisierung des Kistner-Geländes in Bremerhaven, Sachstand und Finanzierung von Mehrkosten

Vorlage Nr. 19/582-L

Abg. Schildt begrüßt die Vorlage und beschreibt, dass es gut sei, dass sich auf dem Kistner-Gelände etwas bewege und dort größere Flächen erschlossen werden würden.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die dargestellten Mehrkosten in Höhe von 2.504.500 € zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der anteiligen Finanzierung der Mehrkosten im Rahmen des EFRE-Programms 2014-2020 in Höhe von 540.000 € zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung der

veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 540.000 € bei der Haushaltsstelle 0706/891 21-8 „Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven“ mit der Abdeckung im Jahr 2019 in Höhe von 111.500 € und im Jahr 2020 in Höhe von 428.500 € aus EFRE-Mitteln zu.

4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktionen der FDP und der LKR-Gruppe-Bremen.

TOP 17 Neubau der Steganalage Neuer Hafen Süd Bremerhaven

Wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

Vorlage Nr. 19/584-L

Abg. Schildt hebt hervor, dass die Probleme der Holzbeplankung bis zur Sail 2020 beseitigt sein sollten. Positiv sei hingegen, dass für den Neubau Bundesmittel zur Verfügung stünden.

Abg. Rupp fragt, was sogenannte Blättingspilze seien und warum dieser Steg oder wohlmöglich auch andere Stege davon befallen seien.

Abg. Frau Böschen bittet darum zu überprüfen, welches Material für den Neubau verwendet werde und ob es möglich sei, recycelten Kunststoff zu verwenden.

Herr Peters erläutert, dass der Neubau zu Sail 2020 abgeschlossen sein soll und dazu ausreichend Vorlauf eingeplant worden sei. Bezüglich der Auswahl des Materials sei es zunächst wichtig, auf die Statik zu achten. So werde ein bestimmtes Eigengewicht benötigt, um die Belastung der Steganlage auffangen zu können, weshalb Stahl- bzw. Betonpontons besonders geeignet seien. Der Hinweis zur Verwendung von recyceltem Material werde bei der Oberflächenplanung berücksichtigt. In Bezug auf den Befall der Steganlage mit Blättingspilzen sagt Herr Peters zu, Hinweise an die mit der Inspektion befassten Gesellschaften im Bereich der bremischen Hafenanlagen zu geben.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Umsetzung der dargestellten Maßnahme „Neubau der Steganlage Neuer Hafen Süd Bremerhaven“ im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Höhe von insgesamt 1.190.000 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung der

veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 864.000 € bei der Haushaltsstelle 0709/891 80-4 „GRW-Maßnahmen (BIS)“ zu. Die Abdeckung erfolgt im Jahr 2019 aus GRW-Mitteln.

3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 18 Ansiedlung eines DLR Institutes „Schutz von maritimen Infrastrukturen“

hier: Mehrkosten für die Herrichtung von Räumlichkeiten im Gebäude des BioNord in Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/589-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln in Höhe von 250.000 € für die Herrichtung von Räumlichkeiten für das neu gegründete DLR Institut „Schutz von maritimen Infrastrukturen“ im Gebäude des BioNord in Bremerhaven zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Nachbewilligung in Höhe von 250.000 € zugunsten der Haushaltsstelle 0706/891 21-8 „Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven“ unter Einsparung bei der Haushaltsstelle 0709/892 10-0 „Innovationsförderung Schiffbau“ zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Jahr 2018 eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 19 Verschiedenes/Aktuelles

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Reinken schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Reinken
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Für TOP 11-14
Stellmacher

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen **EFRE-Mittel** aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	41.562.240	5.225.429
Achse 2 - KMU	13.012.593	7.956.750	2.289.213
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.248.902	2.213.108
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	10.037.100	183.238
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	3.106.067
Programm insgesamt	96.840.070	67.925.846	13.017.055

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro).
Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).

³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
1	Wirtschafts- deputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Wirtschafts- deputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Wirtschafts- deputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/ innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-17	623.000	0
4	Wirtschafts- deputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-17	465.000	0
5	Wirtschafts- deputation HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-21	1.800.000	
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-20	6.000.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-18	950.000	929.665
8	Wirtschafts- deputation HaFA	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016-17	915.000	0
9	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße (inkl. vorgeschalteter Konzeptstudie Fischereihafen)	3	2016-17	498.902	39.996
10	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016-17	280.000	0
11	Wirtschafts- deputation HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	310.096
12	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	354.397
14	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	3.106.067
15	Wirtschafts- deputation HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	3.162.675 2.289.213 2.173.113
16	Wirtschafts- deputation HaFA	07.09.2016 16.09.2016 19.09.2018 21.09.2018	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven (inkl. Mehrkosten-Beschluss 2018)	4	2016-20	2.570.000	82.790
17	Wirtschafts- deputation HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	325.922
18	Wirtschafts- deputation HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	0
19	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
20	Wissenschaftsausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0
21	Wissenschaftsausschuss HaFA	17.05.2017 09.06.2017	Aufbau einer Forschergruppe „Hochleistungselektronik für Windenergieanlagen“	1	2017-21	752.500	142.674
22	Wirtschaftsdeputation HaFA	27.09.2017 03.11.2017	City- und Stadtteilmarketing und -management (Finanzierung 2018 und 2019)	4	2018-19	280.000	100.448
23	Wirtschaftsdeputation HaFA	15.11.2017 01.06.2018	Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot - aus BEGIN wird das START Haus	2	2018-19	1.500.000	0
24	Wirtschaftsdeputation HaFA	13.12.2017 26.01.2018	Virtual Product House im EcoMaT: Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche	1	2018-21	1.220.000	0
25	Wissenschaftsausschuss HaFA	11.04.2018 20.04.2018	Aufbau einer durchgängigen Prozesskette für das additive Manufacturing von hochbeanspruchten metallischen Bauteilen (IWT - ProAM)	1	2018-20	850.000	0
26	Senat Wirtschaftsdeputation HaFA	08.05.2018 13.06.2018 29.06.2018	ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start-up Inkubators für die Raumfahrt in Bremen	1	2018-21	1.075.000	0
27	Wirtschaftsdeputation HaFA	13.06.2018 29.06.2018	Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven	4	2015-20	762.250	0
28	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung der angewandten Umweltforschung (AUF)	1	2016-21	2.100.000	0
29	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung anwendungsnahe Umwelttechniken (PFAU)	1	2016-21	4.000.000	0
30	Umweltdeputation HaFA	14.06.2018 15.06.2018	"Drehscheibe Gröpelingen" Neubau einer Umsteigeanlage	4	2018-22	1.250.000	0
31	Wirtschaftsdeputation HaFA	19.09.2018 21.09.2018	Projektförderung für die Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) GmbH in 2018 bis 2020	2	2018-20	503.750	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 19.09.2018)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 13.06.2018)
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
36.	LAZLO Umsetzung und Evaluierung inkl. Maßnahme „Sprinter“ (anlässlich Vorlage 19/564-L)	31.05.2017 19.09.2018	Abg. Frau Böschen Abg. Reinken	Zwischenbericht am 13.12.2017 erfolgt, nächster Bericht Ende 2018
40.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	Ende 2018
43.	Ausschöpfung des Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	25.10.2018
45.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	05.12.2018
46.	Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen Ausschreibung einer konkreten Pilotfläche	22.08.2018	Abg. Reinken	Bericht zum Jahresende 2018